Transparenz auf dem Prüfstand

Bei Beratungen über DEW-Zukunft

Bei seiner Forderung nach mehr Transparenz bei der Entscheidung über die Zukunft des Energieversorgers DEW spürt das Bündnis DEW-kommunal Rückendeckung der Bezirksregierung. Die fordert von der Stadtspitze bis zum 7. Juni Erklärungen zu den politischen Beratungen über die DEW.

Das Bündnis DEW-kommunal, das sich für eine Rekommunalisierung des Dortmunder Energieversorgers ohne Beteiligung des Stromriesen RWE einsetzt, hatte sich bei Regierungspräsident **Dr. Gerd Bollermann** (Foto) darüber beschwert, dass die Beratungen zur künftigen Beteiligungsstruktur der DEW hinter verschlossenen Türen stattfinden. In einem Schreiben an den Oberbürgermeister Ullrich Sierau fordert die Bezirksregierung Arnsberg nun Auskünfte von der Stadt, wie die Einwohner über das Thema informiert werden und aus welchem Grund die politischen Beratungen nicht öffentlich stattfinden.

Gutachter berichten

Wie berichtet, hat die Stadt nach Beschluss des Rates zwei Gutachten in Auftrag gegeben. Sie sollen Szenarien zur weiteren Beteiligung von RWE an DEW oder Loslösung des kommunalen Versorgers untersuchen. Der bisherige Gesellschaftervertrag, der eine 47-Prozent-Beteiligung von RWE an DEW festsetzt, läuft Ende 2014 aus. Im Laufe dieses Jahres muss der Rat also entscheiden, ob und in welcher Höhe der RWE-Konzern weiter Partner bei DEW bleiben soll. Am 20. Juni wollen die Gutachter einen Zwischenbericht zu ihren Untersuchungen vorlegen. Die Beratung soll im Sonder-Ältestenrat stattfinden, dem Vertreter aller Ratsfraktionen angehören und der nicht öffentlich tagt.

Schnelle Entscheidung

Danach soll es nach dem Willen der Stadtspitze ganz schnell gehen. Bis zur Sommerpause soll die Entscheidung fallen, heißt es aus dem Rathaus. Dort gibt es in der Politik allerdings Zweifel, ob der Rat tatsächlich schon in seiner Sitzung am 18. Juli entscheiden kann – und ob dieser Zeitdruck nötig ist.

Ob die Prüfung der Bezirksregierung zur Transparenz des Entscheidungsprozesses für die weiteren Beratungen eine Rolle spielt, ist noch unklar.

Die Arnsberger sind übrigens nicht zum ersten Mal mit dem Thema DEW-Zukunft befasst. Im Sommer vergangenen Jahres prüften sie auf Antrag der Grünen bereits, ob OB Sierau als Mitglied des RWE-Aufsichtsrats bei der Entscheidung über die DEW-Zukunft befangen ist. Regierungspräsident Bollermann empfahl seinem SPD-Parteifreund Zurückhaltung. Der kündigte daraufhin an, zwar an den politischen Beratungen mitzuwirken, nicht aber an der Entscheidung des Rates über eine RWE-Beteiligung an DEW.